

Annoncen.  
Annahme-Büros:  
1. Bozen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wittenburg, 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Strasland,  
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen.  
Annahme-Büros:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Danke & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Wölfe.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Juwelendekor.“

# Breslauer Zeitung.

Neu und sicherstes  
Jahrgang.

Nr. 398.

Das Abonnement auf dieses Jährgang, die Neu-  
scheinende Blatt verleiht vierteljährlich für die Stadt  
Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonnabend, 10. Juni  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Eintritt 20 Pf. die hochgepriesene Zeitung einer neuen  
Zeit, Reklamen verhältnismäßig höhe, finden die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 1 Uhr erscheinende Nummer bis 18 Uhr  
zur Miete angenommen.

1876.

## Amtliches.

Berlin, 9. Juni. Der König hat dem General-Major a. D. v. Arlt, bisher Ingenieur vom Platz der Festung Ulm, den R. Ad.-Ord. 2. Kl. verliehen, den Vorsitzenden der Eisenbahn-Kommission zu Danzig Eisenbahn-Ober-Betriebsinspektor Max Sebald zum Reg.- und Baurath ernannt, und dem Kandidaten des berg. Schufsfonds Heinrich Wolters zu Düsseldorf aus Anlaß seiner Verjetzung in den Ruhestand den Charakter als Domänen-Rath verliehen.

Es sind versetzt: der Kreisg.-Rath Böring in Tangermünde an das Kreisg. in Stendal, der Kreisrichter Trusen in Pleschen, unter Übertragung der Funktionen des Abtheil.-Dirigenten an das Kreisg. in Wreschen, der Kreisrichter Ermann in Nowitz als Stadtrichter an das Stadtgericht in Breslau, der Kreisrichter Milsterstaedt in Schwiebus an das Kreisger. in Wriezen, mit der Funktion bei dem Ger.-Deput. in Neustadt E.-W., der Kreisrichter Kreich in Jabłobog an das Kreisger. in Berlin, mit der Funktion bei der Gerichts-Deput. in Oranienburg, der Kreisrichter Waldmann in Festenberg an das Kreisger. in Krötochim und der Amtsrichter Meyer in Böden an das Amtsger. in Osnabrück.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Staatsanwalts-Gehilfe von Hagenow in Altlaam bei dem Kreisger. in Spremberg, mit der Funktion bei der Gerichts-Deput. in Hoyerswerda, der Ger.-Ass. Schwing bei dem Kreisger. in Stralsund, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Frankfurt, der Ger.-Ass. Burhorst bei demselben Kreisger., mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Barth, der Ger.-Ass. Gerde bei dem Kreisger. in Naumburg, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Tölleda, der Ger.-Ass. Höning bei dem Kreisger. in Jüterbog, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Baruth, der Ger.-Ass. Friedrich bei dem Kreisger. in Berlin, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Bössen, der Ger.-Ass. Lammel bei dem Kreisger. in Neu-Ruppin, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Lindon, der Ger.-Ass. Grunwald bei dem Kreisger. in Mohrungen, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Saalfeld, und der Ger.-Ass. Peck bei dem Kreisger. in Meissen.

Zu Friedensrichtern sind ernannt: der Ger.-Assess. Weidehase bei dem Friedensger. in Lebach und der Ger.-Assess. Füling bei dem Friedensger. in Velbert. Der Kreisrichter Kunad in Villkallen ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei dem Kreisger. in Angerburg und Lögen und der Ger.-Assess. Kunzell zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Ober-Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. ernannt. Dem Staatsanwalts-Gehilfen Dr. Ershemann in Breslau ist behufs Übertritts in den Dienst der freien Stadt Bremen die nachgeführte Dienstentlassung ertheilt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Juni.

Die „Nat. Ztg.“ ist in der Lage, nach Versicherungen von bestunterrichteter Seite betreffs des Aufschubs der Reise des Kaisers nach Ems noch Folgendes mitzutheilen:

Am Dienstag Morgen traf hier ein Brief des Kaisers Alexander mit der Mittheilung ein, daß derselbe in Folge einer heftigen Erkrankung genöthigt sei, den Aufenthalt in Ems um 8 Tage zu verlängern. Nun war das Programm für ein dreitägiges Beisammensein der beiden Monarchen längst festgelegt und es hat daher hier ratsam gescheien, die Abreise des Kaisers Wilhelm auf acht Tage zu verschieben um das erwähnte Programm in vollem Umfange ausführen zu können und andererseits nicht durch ein längeres Zusammensein beider Monarchen unnötigen Befürchtungen über die politische Lage, wozu man so leicht geneigt ist, neuen Anhalt zu bieten — Die Herberfung des Fürsten Bismarck beruht lediglich auf dem Wunsche des Kaisers, über die neueste Phase in der Türkei und die damit zusammenhängenden Fragen den Bericht direkt von Seiten seines Kanzlers entgegenzunehmen. Die Bestrebungen der deutschen Politik bleiben vor Alem auf die Erhaltung des Friedens gerichtet und in leitenden Kreisen erhält sich der feste Glaube, daß diese Bestrebungen nach wie vor Erfolg haben werden. — Die Angabe, daß demnächst die Konferenzen zwischen den leitenden Staatsmännern Deutschlands, Österreichs und Russlands in Berlin stattfinden würden, bedarf durchaus der Bestätigung. Bis heut Nachmittag (8. d.) wußte man an unterrichteter Stelle nichts von Konferenzen in Berlin; daß die veränderte Lage in der Türkei weitere Besprechungen der Nordmächte über die bereits getroffenen Vereinbarungen erforderlich machen wird, hat die „Prov. Korr.“ bereits offiziös angekündigt.

Der „Reichsanz.“ publiziert folgenden kaiserlichen Erlass:

Auf Ihren Bericht vom 14. Mai d. J. bestimme Ich, daß in Marine-Justizsachen das oberste Militärgericht die Bezeichnung „General-Auditoriat der kaiserlichen Marine“ und der Vorstehrer desselben die Benennung „General-Auditor der kaiserlichen Marine“ zu führen hat.

Berlin, den 23. Mai 1876.

Wilhelm. Fürst v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

Die aus der „Neuen Börsenzeitung“ in verschiedene Zeitungen übergegangene Notiz, wonach der Prinz Friedrich Wilhelm, Sohn des Kronprinzen, bei Gelegenheit eines Ferienbesuches im kronprinzlichen Palais von einem jüdischen Schüler des kasseler Gymnasiums begleitet gewesen sein soll, beruht, wie der „Staatsanz.“ auszusprechen ermächtigt ist, lediglich auf Erfindung.

Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am 8. d. nach lebhafter Debatte den ihr von dem betreffenden Ausschuß vorgelegten mehrwähnten Entwurf einer Petition an das Herrenhaus bezüglich der Städte-Ordnung mit 65 gegen 12 Stimmen.

Borsdorff, 7. Juni. Die hiesigen Stadtverordneten wollen dem Beispiel der Berliner folgen und in Sachen der Städteordnung gleichfalls beim Herrenhause petitionieren. Man schreibt der Post:

Gestern fand eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, behufs Befreiung einer Petition an das Herrenhaus in Bezug auf die Wahrung des bisher geübten Budgetrechts der Stadtverordneten statt. Landrentmeister Stechert erläutert den § 184 der Städteordnung vom Jahre 1808, welcher den Stadtverordneten das uneingeschränkte Geldbewilligungsrecht zuspricht. Weniger entschieden drückt sich § 114 der revidirten Städteordnung von 1831 aus, und die noch gültige von 1853 steht fest, daß der Magistrat den Etat entwirft, die Stadtverordneten ihn aber feststellen. Diese Grundlage behielt der

Entwurf der Regierung bei, das Abgeordnetenhaus änderte dieselbe aber dahin ab, daß Streitpunkte, ob etwas in den Etat hineingenommen werden sollte, vor dem Verwaltungsgericht zum Austrage gebracht werden sollen. Ist in einzelnen Fällen ein Gemeindebeschluß dadurch nicht zu erreichen, daß jede Körperschaft abstimmmt und nicht dasselbe Resultat erreicht, so tritt das neu einzuführende Durchstimmen, d. h. beide Behörden stimmen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters ohne vorhergehende Berathung gemeinsam ab und die Mehrheit entscheidet. Für die jetzt bestehenden Zahlen ist beispielweise die Majorität der Stadtverordneten 31, trate der Magistrat mit 18 Stimmen hinzu, so wäre die entscheidende Zahl 40. Die Petition, deren Entwurf vorlag, führt aus, daß der Weg vor dem Verwaltungsgericht zeitraubend sei und die Gefahr eintreten dürfte, daß der Magistrat ohne geistlichen Etat wirtschaften müßte, daß in den das Gesetz begleitenden Motiven jeder Ausschluß darüber fehle, warum das bisherige Geldbewilligungsrecht in dargestellter Weise geschmälerter werde und spricht die Bitte aus, den betreffenden Satz § 98a (jetzt 104) fallen zu lassen und festzuhalten an der Fassung, die Bestellung des Etats erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung. Nach langer Debatte wird die Frage, ob eine Petition zu erlassen sei, fast einstimmig bejaht und nur eine geringe Redaktion des Entwurfs belichtet.

Breslau. 8. Juni. Zu der vom schlesischen Ausschuß der Steuer- und Wirtschaftsreformer „im Interesse des Grundbesitzes, des kleinen wie des großen, des städtischen wie des ländlichen“ für den 7. Juni nach dem Saale des Restaurants zum „König von Ungarn“ einberufenen Versammlung hatten sich kaum 50 Theilnehmer eingefunden, also noch weniger als bei der ersten Zusammenkunft. Der herzoglich braunschweigische Kammerpräsident v. Borsdorff-Schwierze bei Oels begrüßte im Namen des Ausschusses die Versammlung. Auf den Vorschlag des Kammerherrn v. Heinen-Groß-Wandris wurde Herr v. d. Berghausen zum ersten Präsidenten gewählt, während als dessen Stellvertreter Oberamtmann Schirmacher-Dyhrnfurth und Graf Schleidenburg per Auktimation in das Bureau gewählt wurden.

Unter den Rednern zeichnete sich namentlich ein Herr v. Gersdorf-Parsko bei Alt-Bozen durch die Heftigkeit seiner Ausführungen aus. Derselbe brachte in langer Rede etwa folgende Gedanken zu Gehör. Ausgehend von einer Schilderung des deutschen, nicht leicht, sondern nur durch tiefe Impulse erregbaren Nationalcharakters, glaubt er, daß wir mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Politik der sozialen Revolution entgegensteuern; dem seit 1848 bestehenden Parlamentarismus räumt er zwar seine Berechtigung ein, hat jedoch noch nicht durch die Thaten desselben die Überzeugung gewonnen, daß das Parlament sich dem andern höheren Faktor des Staatslebens, der Krone, an die Seite stellen könne. Aus den letzten Kriegen sei Deutschland als die erste Mächtigste Europas hervorgegangen, in Bezug auf innere Entwicklung in Hinsicht auf die ehrliche volkswirtschaftliche Arbeit steht es auf der untersten Stufe, und es sei für den denkenden Soldaten traurig, sich sagen zu müssen, daß er nur darum gekämpft habe, damit sein Vaterland der privilegierte Betteljunge des Erdtheils sei. (Oho! Sehr richtig!) Die Thätigkeit des Parlamentarismus entwickelt der Redner durch folgendes Beispiel. Man denke sich, daß ein fertig zugeschnittener Frack einer Versammlung von Sachverständigen vorgelegt werde, welche glauben, Alles zu verstehen, da kommt ein berühmter parlamentarischer Professor und erklärt, der Kragen müsse gelb sein. Die parlamentarische Stimmmaschine wird in Bewegung gesetzt und der Kragen wird in gelb abgeändert. Ein zweiter ist der Ansicht, daß der rechte Frackschößl rot sein müsse. „Die Hammel springen und der rechte Frackschößl wird rot!“

Dr. Gras, Syndicus der breslauer Handelskammer, unterbricht hier den Redner mit der Bitte an den Präsidenten, sich darüber zu äußern, ob es in einer deutschen Versammlung erlaubt sei, sich in solchen Ausdrücken über die Mitglieder des Parlaments zu äußern. — Dr. Gras, Syndicus der breslauer Handelskammer, unterbricht hier den Redner mit der Bitte an den Präsidenten, sich darüber zu äußern, ob es in einer deutschen Versammlung erlaubt sei, sich in solchen Ausdrücken über die Mitglieder des Parlaments zu äußern.

Präsident von der Borsdorff bittet von Gersdorf, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. Letzterer setzt seine Rede fort. Der deutsche Arbeiter habe verlernt zu arbeiten, die Arbeiter aus anderen Ländern seien billiger und besser. Das Freizügigkeitsgesetz habe alle guten Arbeiter den Städten zugeführt und erhalte das Land dieselben entweder gar nicht oder auf Grund des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz als physisch und moralisch verkommen Menschen zurück. Die leichte Lösung des Arbeitsverhältnisses sei der Freibrief des dolosen Kontraktbruches, welcher den Grundbesitzer zwar nicht de jure, aber de facto rechtlos hinstellt. Die Differentialtarife machen dem Landwirt es unmöglich, den Getreidebau mit Nutzen zu betreiben. Vorteil aus diesen Verhältnissen zieht allein ein kleiner Häuflein, das mit seltener und unerkenntlicher Energie sich von der Klasse der Verduldung zur Alleinherrschaft emporgeschwungen, die Aristokratie der Neuzeit, wo der Sohn, unbekümmert darum, wie der Vater diese Geldsäcke erworben, wie der Vampyr auf diesen Geldsäcken sitzt. Es sei Pflicht der Vertreter des Grundbesitzes, diesen Feinden gegenüber mit offenem Böhr aufzutreten. Man werde ihm vielleicht das Wort politische Interessenvertretung und Revolverpresse entgegenwerfen; den Revolver akzeptire er, aber nicht freihafte Rechten, sondern die Sorge um die Familie und ihre ganze Existenz, die Verwüstung habe ihnen den Revolver in die Hand gedrückt. Nicht als den Bekennern des von ihm hochgeachteten jüdischen Glaubens, sondern wegen der leitenden Prinzipien, denen die Mehrzahl derselben huldigt, trete er den Juden gegenüber, welche die eigene Arbeit nicht zu achten, sondern allein die Arbeit Anderer auszunützen verstehen.

Präf. v. d. Borsdorff erucht den Redner, nach dieser Richtung hin weniger scharfe Ausdrücke zu gebrauchen und sich mehr an generelle Bemerkungen zu halten. v. Gersdorf führt demnächst die Berechtigung des in jeder Staatsverfassung sich zur Geltung bringenden aristokratischen und demokratischen Elements aus. Er persönlich huldigt nicht dem Liberalismus, der sich auf der schiefen Ebene bewege und dem ja das Gleichgewicht abhanden gekommen sei. Die omnividente Geldaristokratie schwimme stets mit dem Strom, weil dies am vortheilhaftesten für die Erhaltung des Säckels sei. Der Clouenabsolutismus, der sich in dem Mantel der Liberalität und des Patriotismus verkleide, sei widerwärtiger als der Absolutismus Nero's. So wie die Liberalen alles aufzubauen, ihr leicht gewordenes Schiff über Wasser zu halten, so sei es Sache der konservativen Elemente, sich eng zusammenzuschließen. Man möge sich nicht irre machen lassen durch das Schreckbild der Reaktion. Nicht nur der Großgrundbesitzer, sondern die ganze Ackerbau treibende Bevölkerung des Staates habe das Interesse, an der Befestigung der landwirtschaftlichen Notlage zu arbeiten. Die erste Aufgabe werde es sein, das Misstrauen zu befreiten, welches der kleinere Landmann dem Großgrundbesitzer entgegenbringt und dessen Wurzeln noch in die Feudalzeit sich zurückverfolgen lassen. Mit der Aufforderung, nicht Männer der abstrakten Wissenschaft, welche dem Vaterland durch die Pflege dieser Wissenschaft mehr als im Vaterland nützen können, nicht Männer, welche dem Volke Enthüllungen machen, damit dasselbe den Wald vor den

Bäumen nicht sehe, sondern Männer des praktischen Lebens, welche Interesse an dem Wohl der Landbevölkerung haben, zu wählen und die Versammlung nicht ohne eine That zu verlassen, nicht ohne Kompensation der Partei, nicht ohne Bestimmung über das Verhalten der Partei bei den Wahlen, ohne die Wahl von Kommissarien für die einzelnen Regierungsbezirke und Kreise vorzunehmen, mit dieser Auflösung endet v. Gersdorf seine Rede und spricht schließlich noch die Hoffnung aus, daß, wenn die Presse die Agrarier auch jetzt mit Roth bewerbe, die Nachkommen ihnen die Gerechtigkeit würden widerfahren lassen, daß sie sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben.

An der ferneren Debatte beteiligt sich zunächst Geh. Rath von Brittwitz; er verbreitet sich über die Wichtigkeit der Stellung der Grundbesitzer, spricht ausführlich zu Nr. 1 des § 2 des bekannten Programms der Steuer- und Wirtschaftsreformer, beschwert sich über die Steuerüberbürdung der Grundbesitzer, die hohen Kosten der sonst ganz vortrefflichen Selbstverwaltung, unter denen der kleine Grundbesitzer noch schwerer zu leiden habe als die Dominien, und schlägt vor, sich an den Landrat mit einer Beschwerde zu wenden, um Abhilfe der herrschenden Missstände zu erlangen. Es handelt sich nicht darum, demandem Rechte zu verklammern, sondern nur darum, für jeden gleiche Rechte und gleiche Pflichten zu schaffen, so daß nach dem alten guten Wort „sumus eisque“ dem Grundbesitzer auch seine Rechte, nicht nur seine Pflichten gewahrt werden.

Von den sonstigen Reden ist nur noch die von Dr. Gras bemerkenswerth. Derselbe widerlegt zunächst die Behauptung der Borsdorff hinsichtlich der Stellung der Presse zur Agrarierfrage. Die Presse habe im Gegenteil jederzeit die Wichtigkeit und Bedeutung der agrarischen Bewegung vollkommen gewürdig, in einzelnen Fällen freilich in unumwundener und rücksichtloser Weise ihre schweren Bedenken gegen die Allianz der Agrarier zum Ausdruck gebracht. Ihm persönlich sei bei der Leitung der Flugblätter, mit denen Herr M. A. Niendorf im Wahlkreis Hirschberg-Schönau die Sache der Agrarier vertrat, der Gedanke gekommen, „es thut mir weh, wenn ich in solchen Gesellschaften seien.“ Dr. Gras warnt die Agrarier, den Parlamenterismus in so despektirlicher Weise zu behandeln, wie dies heute theilweise geschehen und sich nicht selbst den Hut abzügeln, auf die sie sitzen. (Oho!) Die Landwirtschaft sei in den gesetzgeberischen Körperschaften in dem Maße vertreten, als er ihrer Bedeutung im Staatsgange entspricht.

Schließlich nahm die Versammlung folgenden Antrag an: „Die Versammlung wolle erklären, die Durchführung der Grundzüge des Programms der Steuer- und Wirtschaftsreformer erscheint im wesentlichen wohl geeignet, die Notlage des landwirtschaftlichen Berufs ohne alle Beeinträchtigung anderer abzustellen.“ Ein weiteres Refus hat die nahezu dreistündigen Verhandlungen nicht.

Versailles, 6. Juni. Auf der Tagesordnung der hertigen Sitzung der Deputirtenkammer stand die zweite Lesung des Gesetzes über die Verleihung der Grade durch die freien Universitäten.

Herr Böyer (Legitimist) schlägt folgendes Amendment vor: „Die freien Fakultäten haben, zusammen mit dem Staat, das Recht der Verleihung wissenschaftlicher Grade und der Ausstellung der befreitenden Diplome. Die Inhaber der Diplome, sei es der freien oder der Staatsfakultäten, die eine öffentliche oder privilegierte Funktion bekleiden wollen, für deren Erlangung die zu Grade notwendig sind, müssen einer neuen Prüfung vor einer Jury unterworfen, die vom höheren Unterrichtsrath gewählt wird. Die Mitglieder dieser Prüfungskommission sind zu gleichen Theilen aus den Professoren der freien, der Staatsfakultäten und den Mitgliedern wissenschaftlicher Korporationen zu entnehmen.“ Im Prinzip verlangt Redner die Aufrechterhaltung des Unterrichtsgesetzes, wie es jetzt ist. Das freie Lehrerecht müsse notwendig durch das Recht der Gradeverleihung ergänzt werden; es handle sich nur darum, ein System zu finden, mit welchem die Rechte des Staates und die der Privatschulen gewahrt bleiben. Dies geschehe mit Redners Amendment. Das Regierungsprojekt sei eine gewalttätige Verletzung ehrbarer Rechte, die die vorige Kammer verliehen habe und kompromittiere persönliche Interessen in der unerlaubtesten Weise. Er hoffe, daß das Haus den freien Fakultäten und das Recht des Daseins wegnemmen will und diese Fakultäten zum Untergang bringe. (Beifall rechts.) Herr Lauffeld (Republikaner) führt aus, daß das Böyer'sche Amendment den Geist des reaktionären Unterrichtsgesetzes von 1875 in nichts berühre; das System bleibe dasselbe. Die große Revolution habe Wissenschaften und Künste ganz frei gemacht, wogegen viel protestiert worden sei; man dürfe aber nicht vergessen, daß sie auch viele große Lehranstalten ins Leben gerufen und so für den Fortschritt geforgt habe. (Beifall links.) Die Republik habe die Unterrichtsfreiheit proklamiert, die eines der heiligsten Grundrechte der Gesellschaft sei; Niemand wolle sie dem Lande entziehen; aber das Recht der Prüfung müsse der Staat allein besitzen. Die monopolistische Universität habe sich als unzulänglich erwiesen, sie sei schlecht mit Lehrinstrumenten dotirt gewesen und die freie Konkurrenz werde sie zwingen, sich rühriger als bisher zu zeigen. Nur sei der Weg, den das Böyer'sche Amendment einschläge, der unrichtige, um die Universität zu heben. Was hier neben der Unterrichtsfreiheit, das sei die Freiheit der Presse, der öffentlichen Versammlung, das Assoziationsrecht und insbesondere die Gemeindefreiheit. Alle diese Freiheiten existierten in Belgien, und Belgien sei deshalb, ungeachtet seiner geringen Ausdehnung, doch ein großes Land. (Beifall links.) Herr Estignard (Orleanist) ist für das Böyer'sche Amendment. Redner wirft einen geschicklichen Überblick auf das Entstehen der Universität und hält dieser Anstalt eine lange Lobrede. Das hohe Lehrmeister sei aber heute, ungeachtet dessen, daß sehr talentreiche Leute an seiner Spitze stehen, im Stillstand; es sei in Abgestumpftheit versunken. Die Freiheit des öffentlichen Unterrichts und mit ihr die hohe Kraftaufwand anstreben und Frankreich viel Gutes bringen. Diese Freiheit Fakultäten zu gründen, kann aber nicht allein genügen. Wenn dieselben nicht auch das Recht der endgültigen Prüfung ihrer Zöglinge erhalten, so müssen diese freien Lehranstalten zu Bafalen der Universität herabsteigen und die Professoren würden nur noch Repetenten sein. In Deutschland bestehen diese Freiheiten nicht, aber die Verschiedenartigkeit und die Anzahl der Universitäten sei da so groß, daß sie entbehrt werden könne. Auf den radikalen Borsdorff zurückkommend, bemerkt Herr Estignard spöttisch, daß derselbe unter den Freiheiten, die er verlange, die unmenschliche Schankfreiheit zu erwähnen vergessen habe. (Beifall rechts.) Die Kammer werde sie vielleicht demnächst genehmigen, aber er (Redner) ziehe die moralistrende Freiheit der Freiheit der Verdummung vor. Das Böyer'sche Amendment gebe erstere. Frankreichs Nachbarn sähen mit Staunen, wie man hier zu Lande leichtfertig mit bestehenden Gesetzen umgehe. Wenn der jetztige gesetzgebende Körper das 1876 nach reiflicher Überlegung votierte Unterrichtsgesetz nun widerrufe, noch ehe es recht in Wirkung ge-

treten, so werde Europa keine hohe Achtung vor ihm haben. (Beifall rechts, Lärm links.) Wenn die Kammer ihren Beschlüssen Achtung verschaffen wolle, so müsse sie damit beginnen, daß sie die Beschlüsse der ihr vorangegangenen gesetzgebenden Versammlungen achtet. (Lebhafte Beifall.) Dr. Booyer zieht sein Amendement, „um dem Wunsch mehrerer seiner Kollegen zu entsprechen“, zurück. (Heiterkeit.) An der Reihe der Berathung ist nun ein bonapartistisches Amendement, das der Herrn Naoul Duval, Sarlante u. Gen., wonach die wissenschaftlichen Grade vom Unterrichtsminister auf Grund eines Zeugnisses ertheilt werden, das der Studirende von einer vom Unterrichtsminister eingestellten Jury nach bestandener Prüfung erhält. Ein zu diesem Antrag von dem Konservativ-Republikaner Aréne Picard ausgehendes Amendement verlangt, daß die Naoul Duval'sche Jury vom höheren Unterrichtsrath für 3 Jahre und unter geheimer Abstimmung gewählt werde. Derselbe wird zuerst zur Berathung gestellt. Dr. Aréne Picard ist der Ansicht, daß der Staat allein das Recht der Gradeverleihung besitzen dürfe, wenn die Diplome wahren Werth haben sollten.

Das Amendement wird mit großer Majorität abgelehnt. Die Debatte über den Duval'schen Antrag wird auf Wunsch des Herrn Barni auf morgen vertagt.

### Parlamentarische Nachrichten.

D. N. Berlin 5. Juni. In der Urkunde über die Stiftung des eisernen Kreuzes vom 10. März 1813 heißt es wörtlich unter Nr. 8: „Alle Vorzüge, die bisher mit dem Besitz des Ehrenzeichens erster und zweiter Klasse verbunden waren geben auf das eiserne Kreuz über. Der Soldat, der jetzt schon das Ehrenzeichen zweiter Klasse besitzt, kann bei anderweitiger Auszeichnung nur zuerst das eiserne Kreuz der zweiten Klasse erhalten; jedoch erhält er mit denselben zugleich die mit dem Besitz des Ehrenzeichens erster Klasse verbundene monatliche Zulage, die aber fernher nicht weiter vermehrt werden kann.“ Als im Jahre 1870 das eiserne Kreuz erneuert wurde, hieß es in den Eingangswochen der Urkunde über die Erneuerung derselben vom 19. Juli 1870, daß es in seiner ganzen Bedeutung wieder aufzubauen solle; unter Nr. 5 aber heißt es weiter: „Alle Vorzüge, die bisher mit dem Besitz des Militärhrenzeichens erster und zweiter Klasse verbunden waren, gehen, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Regelung einer Ehrenzulage, auf das eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse über.“ Ein Patent beschwert sich nun beim Abgeordnetenhaus, daß der monatliche Ehrenzold von drei Mark, welcher bis auf heutigen Tag an die mit dem eisernen Kreuz ausgezeichneten Soldaten der Freiheitskriege gezahlt werde, den Inhabern des neuerten Ordens noch nicht zutheil geworden sei. Der Patent, Besitzer des Ehrenzeichens zweiter Klasse und des eisernen Kreuzes zweiter Klasse, hat bei den Militärbehörden auf Gewährung jener Zulage angefragt und den Instanzenzug erschöpft. Der Patent trägt nicht auf Zahlung des Ehrenzoldes an jeden Besitzer des eisernen Kreuzes an, sondern nur an diejenigen, welche zugleich das Ehrenzeichen zweiter Klasse besitzen und petitionirt wörtlich dahin: Das Haus der Abgeordneten wolle der Allerhöchsten Urkunde vom 19. Juli 1870 beitreten und die Zahlung der in der Kabinettsordre vom 10. März 1813 zu 8 bestimmten Zulage auch für die betreffenden Soldaten des Krieges von 1870—71 gewähren. Der bei der nützlichen Verhandlung der Petitionskommission zugezogene Vertreter des Kriegsministeriums gab folgende Erklärung ab: „Die Allerhöchste Kabinettsordre vom 10. März 1813 betrifft nur diejenigen Militärpersonen, welche an den Feldzügen 1813—1815 Theil genommen haben, nicht die Teilnehmer am Feldzuge 1870—71, zu denen Patent gehört. In Betracht der Letzteren ist durch Bassus 5 der Allerhöchste Stiftungsurkunde vom 19. Juli 1870 die verfassungsmäßige Regelung einer Ehrenzulage ausdrücklich vorbehalten worden. Da diese Regelung zur Zeit noch nicht erfolgt ist, steht dem Patenten ein Rechtsanspruch nicht zur Seite. Die Vermeidung der erbetenen Zahlung ist auch nicht als Erfahrungsnachregel aufzufassen, da eben wegen der noch mangelnden Regelung der Angelegenheit sich im Etat noch kein Ansatz befindet, aus welchem der Anspruch befriedigt werden könnte. Gegenwärtig schwanken jedoch, wie hiermit nachrichtlich bemerk wird, im preußischen Staatsministerium und mit dem Reichskanzleramt Verhandlungen darüber, in welcher Weise die verfassungsmäßige Regelung der Ehrenzulage erfolgen soll. Der Abschluß dieser Verhandlungen ist voraussichtlich bald zu erwarten und wird demnächst dann die definitive Regelung der Angelegenheit eintreten.“ Unter Zusammensetzung dieser Erwägungen tritt die Petitionskommission darauf an: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

### Erster allgemeiner deutscher Lehrertag. (Fr.) Erfurt, 8. Juni

IV.

Gestern Abend und heute Morgen waren unter Vorsitz des Herrn Wunderlich (Leipzig) die Redakteure der pädagogischen Zeitschriften Deutschlands und Österreichs versammelt. Auf Antrag des Herrn Gohr (Berlin) resolvirten dieselben: 1) Bei Behandlung methodischer Fragen hat die pädagogische Presse eine eingehende Abschätzung der Lehrstoffe nach folgenden Grundsätzen anzurufen und zu fördern: a) Die Lehrstoffe sind um so wichtiger, je mehr sie zugleich das praktische Leben berücksichtigen. b) Jeder Unterrichtsstoff muß vor Allem geeignet sein, die Urtheilsfähigkeit und Sprachfertigkeit zu bilden. 2) Die pädagogische Presse hat theologische Fragen nur insofern zu berücksichtigen, als sie von pädagogischer Bedeutung sind. 3) Wissenschaftliche Abhandlungen in der pädagogischen Presse sind um so werthvoller, je näher sie in Beziehung zum praktischen Leben der Gegenwart stehen. 11. Der Redakteur-Verband möge in Erwägung ziehen, welche Mittel anzuwenden seien, um die Lehrer mehr wie bisher zur Mitwirkung an der pädagogischen Presse zu gewinnen. In's Präsidium dieses Redakteur-Verbandes, der 17 Mitglieder zählt, wurden die Herren Preißler (Augsburg) und Kleinert (Dresden) gewählt.

Die heutige Hauptversammlung wurde mit dem Gesange: „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren u. s. w.“ eröffnet und gleich in die Debatte über die bereits mitgetheilten Thesen des Herrn Beeger (Leipzig), bzw. über dessen Vortrag: „Die Disziplinawaltung der Schule“ eingetreten. Die meisten Redner pflichteten den Ausführungen des Herrn Beeger bei; einige bezweifelten jedoch die praktische Wirkung der Prügelstrafe. Herr Beeger betonte wiederholte, daß er lediglich blos gegen Bosheit, Nachsicht u. c. angewendet, bzw. zugestanden wissen wolle. Die Thesen des Herrn Beeger wurden schließlich mit allen gegen 10 Stimmen und einstimmig folgende, von Herrn Seminarlehrer Halben (Hamburg) proprieerte Resolution akzeptirt: „Die Delegierten-Versammlung beauftragt ihren Ausschuß, dem nächsten Lehrertage eine Eingabe an die Reichsbehörden, betreff. die Bestimmung des Strafgesetzbuches in Beziehung auf die Schule vorzulegen.“

Das Thema: „Die unerlässlichen Erfordernisse zur Wahrung und Hebung der Bildung und Gesittung des gesamten Volkes“ gab alsdann zu einer sehr langen und lebhaften Debatte Anlaß. Der diesbezügliche Referent, Herr Freyer (Leipzig), vertheidigte folgende Thesen: 1) Erfordernisse, die von pädagogischer Seite zu erfüllen sind. 2) Allerorten ein Volksschulunterricht, durch welchen jedem normal befähigten Kind die für's Leben in der Gegenwart und nächsten Zukunft nötigen elementaren Kenntnisse und Fertigkeiten in wirklich hinreichenden Maße angeeignet werden, und eine Schulzucht, die getragen von städtischem Ernst, unter zweckmäßiger Anwendung von Milde und Strenge die Jugend an alles Löbliche, insbesondere an die Tugenden des Fleisches, der Ordnungsliebe, der Pünktlichkeit, der Wahrheitsliebe, der Christlichkeit, der Höflichkeit und Anständigkeit gewöhnt. 3) Allerorten ein Religions-Unterricht in Schule und Kirche, der mehr auf Belebung und Festigung der Gottesfurcht, Gottes- und Menschenliebe und des Tugendstumes, als auch Erzielung der Rechtsgläubigkeit sein Abschluß richte. 4) Allerorten Gründung und Unterhaltung von Vereinen für Volksbildung und Volkszerziehung, in

denen durch Ansammlung und Vertheilung guter Volkschriften und durch populär wissenschaftliche Vorträge, insbesondere auch durch Vorträge erzieherischen Inhalts das Wissens-Interesse und die Intelligenz Erwachsener erhalten und gezeigt und auf die Familienerziehung veredelt eingewirkt wird. 5) Allerorten Errichtung und Vermehrung von Kindergärten für Kinder von 3—6 Jahren. 6) Erfordernisse, welche von staatlicher und kommunaler Seite zu erfüllen sind: a) Die Zahl nach hinreichende, dabei zweckmäßig eingerichtete und mit Lehrmitteln wohl ausgestattete Bildungsstätten für die Jugend. 7) Öfferbereite Fürsorge für eine gediegene Lehrer- und Erzieherbildung. 8) Beseitigung des Lehrermangels durch bessere Dotierung und Würdigung des Volksschulberufes. 9) Verlängerung der Schulzeit bis zum 15. Jahre, der Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen. 10) Erfordernisse, welche von Seiten der Presse, des öffentlichen und des individuellen Lebens zu erfüllen sind: i) Fleißige Verbreitung wissenschaftlichen Lernstoffes und erziehlicher Grundätze und Regeln in der Tagespresse. k) Vermeidung und Verhinderung des mehr und mehr sich verbreitenden frivolen und trivialen, Geschmack und Sitten verderbenden Wesens in der Presse, auf der Bühne, in öffentlichen Lokalen, in geselligen Kreisen und auf offener Straße. l) Selbstzucht aller Erwachsenen nach den allbekannten christlich ethischen Grundätzen und nach leuchtenden geschichtlichen Vorbildern der Tugend und Ehrbarkeit. m) Größere Opferwilligkeit Begüterter im Interesse der Volksbildung und Volkszerziehung.

Herr Neumann (Neustadt-Eberswalde): Es werde auf gewisser Seite geäußert, die fortwährende Intelligenz trage an dem Verfall der Sittlichkeit Schuld. Das Gegenteil bezeugen die Berliner Verhältnisse. Laut amtlicher Statistik bestehet der verschwindend kleinste Theil der in Berlin wegen Verbrechen Abgeurteilten aus wirklichen Berlinern; die meisten von jenen seien in den östlich-deutschen Provinzen geboren und erzogen. Auch sei nachgewiesen, daß beispielsweise bezüglich der Beschädigung öffentlicher Anlagen das Begegnen der Berliner Schuljugend in den letzten Jahren ein bedeutend besseres geworden sei. Man sehe also, daß in denjenigen Gegenden, wo der größte kirchliche Fanatismus und mindeste Schulbildung vorhanden, auch die Sittenlosigkeit z. die größte sei. Es sei daher nothwendig, daß der Religions-Unterricht in den Schulen nur insoweit gelehrt werde, als er zur wahren Gott- und Menschheit aber nicht zum Fanatismus beitrage. Im Mittelalter habe die Kirche es verstanden, sich aller Herzen zu bemächtigen; daß in der Gegenwart die Volksschule dies nicht verstanden, ja daß sie quasi im Allgemeinen als ein bloßes nothwendiges Uebel angesehen und der „Schulmeister“ schon fast zur lächerlichen Figur herabgewürdigt worden sei, eben die Hauptursache aller sozialen Uebel. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Seminardirektor Dr. Süttling (Erfurt): Er erachte die Frage: „ob konfessionelle oder Simultanschule?“ noch nicht für spruchreif; bemerken wolle er nur, daß er ganz entschieden gegen die reinen Staats-schulen sei. Diese dürften nur zu Zuständen, ähnlich denen Amerikas, führen. Nur auf dem Boden der christlichen Ethik könne die Schule für das allgemeine Wohl förderlich wirken. Allein der Kirche müsse die Herrschaft über die Schule voll und ganz entzogen werden. Die Statistik lehre, daß in allen denjenigen Ländern, wo der kirchliche Fanatismus seine Blüthen treibe, wie in Rom, im Süden Italiens, in Spanien, Belgien, Holland u. s. w. die größte Sittenlosigkeit herrsche (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!) Sehr viel zu dem gegenwärtigen Sittenverfall, den man zumeist auf Konto der Schule schreibe, haben die Fortschritte der Neuzeit beigetragen. Er (Medner) habe keine Veranlassung, den mittelalterlichen Feudalstaat zurückzuwünschen, aber der immer größer werdende Verfall des Kleinhandwerks sei im Interesse der Sittlichkeit tief zu bedauern. Er treibe einen großen Theil der fast noch im jugendlichen Alter stehenden Knaben und Mädchen in die Fabriken, die zumeist quasi die Gymnasien aller Sitten- und Zuchtlosigkeit bilden. (Stürmischer Beifall). Einen größeren Schutz und Fürsorge dieser Arbeitersjugend angeleihen zu lassen, sei eine heilige Pflicht der Staatsregierung. (Lebhafte, lang anhaltender Beifall.)

Nach noch langer Debatte, in welcher sich alle Redner in gleichem Sinne äußerten, wurde einstimmig beschlossen: den von Herrn Freyer aufgestellten Theilen mit dem Zusatzantrage des Herrn Buchaus, Schulinspektor aus Osnabrück: „Für die Erziehung trägt die Hauptverantwortlichkeit die Familie“, generaliter beizupflichten. — Auf Antrag des Herrn Clausnitzer (Berlin) beauftragte alsdann die Versammlung den Vorstand: Herrn Musildirektor Erk in Berlin zu seinem am 10. d. stattfindenden Jubiläum Namens des Lehrertages zu beglücksichern. — Mit einem dreifachen Hoch auf die Regelung eines und städtischen Behörden und Einwohnerchaft Erfurts um dem allgemeinen Gesange: „Der ewig reiche Gott woll uns bei unserem Leben ein immer fröhlich Herz und edlen Frieden geben“ u. s. w. schloß sonach der Vorsitzende, Herr Beeger (Leipzig), den ersten deutschen Lehrertag.

### Lokales und Provinzielles.

Besen 10. Juni.

— Die auf der hiesigen polnischen Volksversammlung im Bazar saale mit den weiteren Schritten gegen das Amtssprachengesetz betraute Kommission hat am Donnerstag eine Sitzung abgehalten, in der sie außer anderen Beschlüssen auch eine Petition an das Herrenhaus um Ablehnung des Amtssprachengesetzes verfaßt hat. Die Petition hebt im Eingange hervor, daß das Abgeordnetenhaus trotz seiner „Inkompetenz“ den Gesetzentwurf angenommen habe, „indem es sich ungesetzlicher Weise eine ihm nicht zustehende Befugnis anmaßte“ und daß die polnischen Abgeordneten dagegen Protest eingelegt hätten. Sodann heißt es weiter:

Dieser Beschluß hat unsere ganze Gesellschaft in ihren theuersten und heiligsten Gefühlen verlegt — und demgegenüber bleibt uns heut — wo der Gesetzentwurf dem hohen Herrenhause zur Entscheidung vorgelegt werden soll, nichts Anderes übrig, als daß wir uns auf unsere Petitionen, die im Abgeordnetenhaus niedergelegt worden sind und auf den Protest unserer Abgeordneten berufen und das hohe Herrenhaus bitten, daß es als Repräsentant der konservativen Grundfäuste und als treuestes Volkwerk des Königtums nicht zulassen möge, daß die internationalen Traktate, daß das seierliche Wort und die Zusage des Königs, welche unsere nationalen Rechte garantiren, nicht die nötige Achtung finden und zu Nichte gemacht werden sollten und daß es (das Herrenhaus) daher, auch aus Rücksicht darauf, daß es ebenso wie das Abgeordnetenhaus, nicht befugt ist in dieser Angelegenheit einen Beschluß zu fassen, dem erwähnten Gejegentwurfe der Regierung seine Genehmigung verfagen möge.

Den hiesigen polnischen Zeitungen sind gedruckte Exemplare dieser in polnischer Sprache abgefassten Petition und gleichzeitig je ein gedrucktes Couvert beigelegt worden, welches an den Grafen Kwieciński in Berlin, Mitglied des Herrenhauses adressiert ist, hinzugesetzt worden, um wie der „Kurier“ sagt, die Prozedur des Petitionirens zu erleichtern. Auch uns sind mehrere Exemplare „zur Unterschrift“ zugegangen.

Der hiesige Klerikale Moniteur fordert die Geistlichkeit auf, ihren Parochianen die Petition nach dem Sonntagsgottesdienste zur Unterschrift vorzulegen. Ferner fordert das ultramontane Blatt die Geistlichkeit auf die Petition von ihren Untergebenen einzureichen zu lassen. Die städtischen Abonnenten des „Kurier“ sollen sich förmlich in die Strafan- und Städteviertel heilen, um Unterchristen zu sammeln. Der „Kurier“ hofft, daß jedes gedruckte Exemplar der Petition mit 100 Unterstrichen bedeckt sein wird, und da das klerikale Blatt einige hundert Abonnenten zählt, von denen jeder ein Exemplar der Petition erhält, so glaubt es, zahlreiche Unterschriften erwarten zu dürfen.

g. Autr. Schin, 8. Juni. [Begräbnisk. Pfingstschießen. Neuer Schulvorstand. Jahrmarkt.] Vergangenen Son-

abend starb in Breslau an Nierenentzündung der Lehrer und Organist Franz Wolstki aus Potsdam bei Brotrobin und ward am 2. Pfingstferitag unter zahlreicher Beteiligung der Gemeindeglieder, der Lehrer und fath. Geistlichen der Umgegend in Potsdam beerdig. Besondere Theilnahme erwies der Gutsbesitzer Graf von Czarnyki auf Potsdam dem Verstorbenen und dessen Hinterbliebenen, indem er ersteren nicht blos auf seine Kosten längere Zeit in einer breslauer Klinik unterhielt, sondern auch den Transport der Leiche von Breslau bis Potsdam beforschen ließ. — Beim diesjährigen Pfingstschießen errang die Königs würde der Büchnermeister Bieder, zum Marschall ward der vorjährige Schützenkönig, Schieße Lysinski. — Kurzlich fand wieder unter sehr geringer Beteiligung seitens der Schulgemeinde — die Wahl von neuen ev. Schulvorstandsmitgliedern statt. Während dieselben früher erst von der Regierung bestätigt und dann in ihr Amt eingeführt wurden, sind sie diesmal ohne Weiteres in Funktion getreten. — Der heute hier abgehaltene Jahrmarkt war, obwohl vom schönsten Wetter begünstigt, wiederum ein recht schlechter. Auf dem Jahrmarkt war zwar viel Vieh aufgetrieben, doch fehlte — wohl nur Folge des überall herrschenden Futtermangels — die Kauflust. Schwarzwiebel war fast gar nicht vorhanden, wohl wegen des im nahen Kobylina stattfindenden Wochen- resp. Schweinemarktes. Wie immer wies der Jahrmarkt eine Menge an den Straßen kriechender Bettler auf, welche durch ihr abschreckendes Auftreten einen widerlichen Eindruck machen und durch ihre Gefangen unterstützten Bettelneien das Publikum belästigen.

r. Obernix, 7. Juni. [Nemontemarkt. Günftig. Ernteaussichten.] Das Resultat der am 3. d. M. in unserer Nachbarstadt Mur-Goslin abgehaltenen Nemontemarktes war ein bedeutend günstigeres als in unserer Stadt. Es wurden von 60 aufgetriebenen 19 Stück angekauft und wurden Preise von 400 bis 800 M. gezahlt. Mur-Goslin besitzt bekanntlich die langbewährte renommierte Pferde- und Zuchtmüllerei des Herrn v. Winterfeld. — Die Schaffur in unserer Umgegend ist in vollem Gange, die Wäsche, durch das besonders gute Wetter begünstigt, fällt vorzüglich aus, leider hört man im Allgemeinen über einen weit geringeren Wollertrag als in Vorjahren klagen was in dem anhaltenden Futtermangel während des Frühjahrs seinen erklären Grund hat. Viele Bettler haben auch in Folge dessen ihre Herden um ein sehr Bedeutendes reduzieren müssen. Die Saaten haben sich in den letzten Tagen fast zusehends gebebert. Die Adgendorfer stehen ebenfalls so gut wie in sehr günstigen Erntejahren und fangen recht hübsch zu blühen an; die Befürchtung einer schlechten Stroh- und Futterernte dürfte grundlos sein.

Labischin. 9. Juni. Gestern sind in der unweit unserer Stadt belegenen Ortschaft Dobrowo drei Wirtschaftsgebäude niedergebrannt und in den Flammen der Sohn des Besitzers und zwei Leute umgekommen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 9. Juni. [Prozeß wegen der Gründung der Bank für Spirit- und Produktionshandel (vorm. Wrede).] Heute begannen die Plaidoires. Vor Beginn derselben teilte der Vorsitzende ein Schreiben des Zeugen Steinlein mit, in welchem derselbe erklärt, daß er wohl nicht ausführlich genug vernommen und deshalb vielleicht missverstanden sei. Der Gerichtshof beschließt in Folge dessen die nochmalige Vernehmung des Steinlein. Letzterer sagt noch aus, daß als Sultan mit ihm unterhandelte, auch Herr Friedheim in Thorn war, um mit Sultan zu konferieren. Nach dieser Konferenz sei Sultan's Benehmen plötzlich ganz anders geworden und sein ganzes Streben ging von da an dahin, recht viel Geld aus dieser Affäre zu ziehen. Der Zeuge erzählt dann noch viele ganz unveröffentlichte Daten, die den Zweck haben sollen, die Glaubwürdigkeit des Sultan anzufechten. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Holthoff wird ferner die Vernehmung des Herrn Körting, Prokurist bei der Firma S. Abel jun. beschlossen, dessen Aussage denen des Zeugen Mumme und Priem gegenübergestellt werden soll. Derselbe behauptet, Mumme und Priem gegenüber zwar auseinandergezogen zu haben, daß keine Gründung so billig gemacht worden sei, wie diese, bestreitet aber, speziell über die Zusammensetzung des Kaufkreises Nähres ausgedehnt zu haben. Dagegen könne er den Kaufmann Max Saberski als Zeugen dafür vorschlagen, daß Herr Priem diesem gegenüber ausdrücklich erklärt habe, er wisse sehr wohl, daß in dem Kaufkreis von 1.250.000 Thaler die Provision der Gründer eingeschlossen sei. — Der Vorsitzende bezeichnet dies als eine Verdächtigung von Zeugen, der Gerichtshof beschließt aber trotzdem die Vernehmung des Saberski, der denn auch in obigem Sinne aussagt u. diese Aussage bestwört. In Folge dessen beauftragt der Staatsanwalt die sofort. Sichtung des Zeugen Priem befußt seiner Konfrontirung. — Zeuge Schindler, ehemals Mündirektor der Zentralbank für Industrie und Handel, weiß über die einzelnen Momente der Gründung nichts Näheres zu sagen, da dies nicht zu seinem Geschäft gehörte. Was den Prospel und seine Abschrift betrifft, so wisse er nur, daß die Prospekte damals von einem Literaten, dessen Name ihm aber unbekannt sei, verfaßt worden seien. Es folgt sodann die Verlesung mehrerer auf die Gründung bezüglicher notarieller Schriftstücke, Berichte der ersten Generalversammlung, Statuten u. c. Inzwischen wird Kaufmann Priem nochmals vorgeführt, derselbe bestreitet zunächst ganz entschieden, Herrn Saberski gegenüber über den Kaufpreis irgendwie besprochen oder zugeschanden zu haben, daß ihm bewußt gewesen, in dem Preis von 1.250.000 Thlr. liege eine Provision. Trotzdem Priem auch bei der Konfrontirung bei seinem früheren Eid bleibt, bestwört Saberski seine diametral entgegengesetzte Aussage.

Hierauf folgt das Plaidoir des Staatsanwalts Lessendorf. Er könnte fast versucht werden, sich in allgemeine Betrachtungen über das Gründerthum einzulassen; er fehlt aber davon, daß er solche Betrachtungen für ebenso müßig halte, wie die von der Vertheidigung versuchten Betrachtungen über das Denunziantenthum. Im Allgemeinen sei ihm das Gründerthum ebenso wenig sympathisch, wie das Denunziantenthum. In diesem Spezialfall sei aber Herr Abel selbst der Denunziant gewesen, indem er den reklamirenden Brief des Sultan der Staatsanwaltschaft überreichte und diese daraus Veranlassung nahm, sich die ganze Gründung einmal näher anzusehen. Der Prozeß sei also nicht ein Produkt einer Denunziation, sondern das Produkt einer Durchsicht der Gründungs-Akten. Was die Vorgänge bei der Gründung selbst anbelangt, so habe der Fabrikbesitzer Wrede schworen, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, bei dem Preis von 1.100.000 Thlr. den Gründern eine Provision zu gewähren. Der Kauf aber wurde von Wrede und Grauenstein unzweckhaft im Auftrage der übrigen Konsorten abgeschlossen und zwar plötzlich nicht zu dem auf dem Schlussteile angeführten Preis sondern zu 1.250.000 Thlr. Die Konsorten, Gründer, ersten Zeichner und Mitglieder der Generalversammlung seien, wie üblich, immer dieselben Personen gewesen. Später sei nun der Prospel gekommen und die Anklage behauptete, daß der Inhalt derselben betrügerisch sei, daß Leute betrogen und daß die Angeklagten für den Prospel haftbar seien. Die Aussrede, daß der Prospel gleichsam vom Himmel gefallen sei, sei zwar sehr beliebt, aber doch gar nicht glaubhaft und wenn auch in diesem Falle das beliebte Manöver erneutirt worden, den Prospel nicht zu unterschreiben, sondern zu unterdrücken, so glaube er doch, daß unzweckhaft nur die Herren den Prospel

Berpflichtung und Verbindlichkeit der betreffenden Emittenten. Eine Gleichstellung von Prospekten so hoch angehobener Firmen mit gewöhnlichen marktfreieren Anpreisungen würden sich ja wohl die Angeklagten selbst im Interesse ihrer Ehre verbitten.

Die Anklage behauptet ferner, daß der Zweck des Prospektes war, das Publizum zu täuschen, um den Gründern einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen. Die Vertheidiger möchten vielleicht nachweisen, daß nach dem Aktiengesetz es gestattet sei, den Werth eines solchen Unternehmens in beliebiger Höhe zu inferieren; die Angeklagten seien aber nicht aus dem Aktiengesetz, sondern aus dem Strafgesetz angeklagt. Er gebe zu, daß es vielleicht bessere Vertragssormen gebe, als die Angeklagten sie beliebten, daß ihnen vielleicht nicht die schon „bewährten“ Formulare für solche Unternehmungen zu Gebote ständen; Thatsache sei aber, daß die gewählte Form eben einen Betrag involvire und geeignet sei, wahr Thatsachen zu verdecken oder zu entstellen. Denn man könne doch bei allem Nachdenken zu keinem anderen Resultat kommen, als daß den Angeklagten von Anfang an darum zu thun war, die Täuschung zu erwecken, als stände außer den 5 p.Ct. Agio ein Gründerlohn überhaupt nicht weiter in Frage. Daß eine solche Täuschung eine Vermögensschädigung der Aktienzeichner enthalte, sei seine juristische Überzeugung, die auch in einem Obertribunals-Erkenntnis vom 14. Januar c. in Sachen eines aachener Gründerunternehmens ihre Bestätigung finde. In concreto seien die vorgeführten Zeugen ungemein gut geschildert worden, und wie dieselben beurtheilt wurden, würden sie sich nicht an der Zeichnung befehligen haben, wenn sie von den Unrichtigkeiten des Prospektes eine Ahnung gehabt hätten. Gegen die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen werde vermutlich seitens der Vertheidigung Vieles vorgebracht werden. Es könne zugegeben werden, daß die Auslagen der Belastungszeugen durch die Widersprüche der Entlastungszeugen in vielen Beziehungen Abschwächung erfahren, auch die Geschäftspraxis des Friedheim sei ihm (dem Staatsanwalt) nicht besonders sympathisch, allein wenn man sich mit den Angeklagten auf den rein geschäftlichen Standpunkt stelle, den Begriff „Verdient“ so weit wie sie fasste, so würde man darin etwas ganz besonderes Unmoralisches nicht finden; daß die Zeugen Sultan, Ehrlich, Friedheim und Genossen sich zu einem Denunzianten-Konsortium zusammengethan und deshalb keine Glaubwürdigkeit verdienen, könne nicht zugegeben werden. Außer dieser Zeugengruppe seien aber mehrere andere Zeugen noch vorhanden, welche sich an der Praxis des Herrn Sultan und Genossen nicht befehligen und die sich an der Zeichnung nicht befehligen hätten, wenn sie von dem Gründergewinn genutzt hätten. Dahn gehörten die Zeugen Müller, Pfeifer, Eselbach. Der Zeuge Künnze sei ganz unanfechtbar, er habe weder denunziert noch geplagt, aber hier ausdrücklich dokumentirt, daß er bei voller Kenntniß der Sachlage nicht gezeichnet haben würde.

Auf den früheren oder jetzigen Cours der Aktien komme es nach einem Präjudiz des höchsten Gerichtshofs vom 21. Oktober 1875 bei Beurtheilung der vorliegenden Frage an. — Es sei deshalb als feststehend anzunehmen, daß die Angeklagten durch die Vorspiegelungen im Prospekt sich von vornherein den Gründerlohn sichern wollten, den sie sonst nicht für gesichert hielten. Es liege mithin ein Betrag im Sinne des Strafgesetzbuchs vor, mindestens aber ein versuchter Betrag, denn die Vorspiegelungen würden zum Zweck der Täuschung des Publikums vorgebracht, und ob sich das Publikum täuschen ließ oder nicht, sei dem Strafgesetzbuch gegenüber gleichgültig. — Be treffs des Strafmaffes sind die Angeklagten nicht von einander zu scheiden, sie haben sich zu einem Konsortium befußt der Täuschung des Publikums zusammengethan und deshalb erscheine gegen jeden der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, 3000 Mark Geldbuße event. noch 7 Monate Gefängnis angemessen. Die schwerste Strafe, den Ehrverlust, wolle er nicht beantragen, schloß Herr Tiefendorf sein Blaudojer, und zwar mit Rücksicht darauf daß die damaligen Zeitverhältnisse das schwindelhafte Treiben nach Gewinn begünstigten und weil die Spritbank trotz des Gründerlohnes finanziell sich noch immer von anderen dergleichen Gründungen vortheilhaft unterscheidet. Um 1 Uhr trat eine Pause ein. (B. B.-C.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

München, 9. Juni. Die Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Etat des königlichen Hauses und Hoses nach den Ausschusseingaben. Die Zivilliste des Königs wurde damit auf 4,231,044 Mk. festgesetzt, also um 201,475 Mk. erhöht.

Rom, 9. Juni. Im weiteren Fortgang der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gab der Arbeitsminister, Banardelli, in Beantwortung einer Anfrage des Deputirten Bertani, nähere Aufschlüsse über die geschäftliche und wirtschaftliche Lage der Gotthardbahngesellschaft und erklärte dabei, die bei dem Bahnhunternehmen interessirten Regierungen hätten keinerlei Vorschläge gemacht. Das italienische Kabinett werde aber vor dem Eingehen irgend welcher neuen Verpflichtungen alle nur möglichen Garantien für alle dabei zu wahren Interessen und für den Ausbau des festgestellten Netzes verlangen.

London, 8. Juni. Die in dem Mausoleum der Familie Orleans in Bognbridge beigesetzten 10 Särge mit den Überresten Louis Philipp's und seiner Familienangehörigen wurden heute Vormittag vom Grafen von Paris nach Honfleur übergeführt.

Petersburg, 9. Juni. Entsprechend den friedlichen Intentionen der Nordmächte und den bereits verschiedentlich ausgeübten Einwirkungen auf Serbien und Montenegro, hat man erneut die dortigen diplomatischen Agenten von hier aus angewiesen, den Einfluß Russlands gegen jede kriegerische Demonstration geltend zu machen. Gleichzeitig wurde die Versicherung erhebt, daß Russland, dessen Politik keine isolierte, dafür Sorge tragen werde, daß die neue Regierung in Konstantinopel den von den Mächten als nothwendig anerkannten Reformen und Garantien für die christlichen Südländer gerecht werde.

Newyork, 9. Juni. Der Dampfer „Greece“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (E. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Versailles, 9. Juni. Der Senat nahm den die Geschäftsführung betreffenden Antrag des Oberst Andlau an, welcher sich für die Beschleunigung der Militärorganisation ausspricht und es für zulässig erklärt, daß die Kommission zur Berathung von Militärangelegenheiten oder die Kommissionen, welche ministerielle Schriftstücke benötigen, in Paris tagen können.

Konstantinopel, 9. Juni. Das Havas-Reuter'sche Bureau meldet, die Pforte ersucht Serbien um Aufklärung über seine Kriegsrüstungen; die Aufforderung wäre aber durchaus höflich gehalten und trüge weder einen drohenden Charakter noch die Form eines Ultimatums.

### Zugekommene Freunde

10. Juni.

Stern's Hotel de l'Europe. Fr. Denige, Fr. Rudolph, Lieblich, Bürger Denige, Kalkowski a. Schmiegel Ritterg. von Karczewski a. Lubra, Kammerh. Graf Böltowskia. Craci, Fabrikf. Conti, Geisl. a. Görlitz, Großmann a. Bischofsweder, Gebr. Som-

mersfeld a. Cottbus, Kaufl. Haber, Mantiewicz, Schneider, Jacobi und Zobel aus Breslau, die Baumeister Baum und Kübler aus Breslau.

Bülow's Hotel de Rome. Ger.-R. Thiel u. Fam. a. Neustadt, Ob.-Lt. v. Kothe a. Birke, Fahr. Graumann a. Bischofsweder, Kgl. Jaffe, Wolfsohn, Hirschberg, Strich, Göbner, Hergesberg a. Berlin, Vorländer a. Luckenwalde, Mees, Lippmann, Neumann a. Breslau, Dittrich a. Stettin, Fuhrhans a. Stuttgart, Popper a. Wien, Michels a. Köln, Wolfsohn a. Neustadt, Nimpler a. Schwedt, Wülfel a. Bittau, Rittinghausen a. Görlitz, Erdens, Ersens, a. Burscheid, Maretti a. Paris, Wilke a. Guben, Ritterg. Lient. Bauer aus Golenczewo, Königl. Bank-Buchhalter Kenprek aus Osnabrück.

Mülin's Hotel de Dresden. Komm.-R. Flatau a. Berlin, Kaufl. Arnecke a. Chemnitz, Casper, Lehmann a. Berlin, Sternike a. Biala, Saar a. Prag, Parissius a. Luckenwalde, Gbr. Szamatolski a. Pinne, Köpfer, Zschille, Sachs a. Breslau, Komm.-Rath Friedrich u. S. a. Luckenwalde, Baumeister Kronwald a. Görlitz, Landj.-R. u. Nag. v. Senden a. Chareice, Postdir. Tischler aus Elß, Pastor Regel a. Berlin, die Kaufleute Waldhausen u. Sohn, Holsterhoff, Wiese a. Werden, Dir. Herzberg a. Breslau, Landr. Grf. v. Posadowski u. Fr. a. Mogilno.

Reiler's Hotel. Die Kaufl. Rosenberg a. Landsberg a. W., Fabrich. a. Filehne, Pincus a. Janowitz, Jaffe, Midowksi a. Wreschen, Hepner a. Jaraczewo, Goßliner a. Rogasen, Gbr. Liebenwalde, Wilde a. Meserits, Nachmiel a. Bittin, Binner a. Pinne, Steier aus Wielun in Polen, Glas, Biba a. Grätz.

Grätz's Hotel zum Deutschen Hause (vorm. Krug). Kaufl. Henschel a. Sorau, Galewski a. Kempen, Krene a. Gleiwitz, Insp. Kräger a. Tworzyk, Gutsb. Fr. Dzieskowska a. Sulawki, Landr. Dresler a. Gleiwitz, Albrecht a. Schröda, Maximilian aus Allenstein, Lody a. Eichenhorst, Kfm. Strauss a. Frankfurt a. M., Fahr. Trychninski a. Dresden, Beamter Walter a. Breslau.

Schaffenberg's Hotel. Die Kaufleute Wiesner a. Berlin, Adam a. Borek, Biegel u. Familie a. Schollen, Henschel a. Sommerfeld, Gebr. Kreyn a. Budweis, Wolfsohn a. Neustadt b. P., Brennerei-Techniker Kahl a. Stenschenwo, Direktor Wandelt a. Berlin, Fabrikant Jänicke a. Luckenwalde, Redakteur Julius Kornik a. Berlin, Gutsb. Schwanke mit Familie a. Jaracz-Mühle.

Tilsner's Hotel Garni (Nachfolger Vogelsang). Forstverwalter Behmer aus Koryto, die Fabrikanten Schrotasch, Carl Richard und Hermann Richard, Wüssinger aus Spremberg, Rittergutsbesitzer Herrmann a. Sosolnitschi, Ingénieur Eßmann aus Hammer, die Kaufleute Seligsohn aus Samotschin, Valentin, Siuchinski und Henschel aus Breslau, Wilhelm Henschel aus Sagan, Lippmann Henschel, David Henschel und Simon Henschel aus Görlitz.

Hotel de Paris. Die Kaufleute Nadecki aus Mur, Goslin, Huet aus Poln.-Lissa, Berger aus Breslau, Fallstädt aus Görlitz, Menzel aus Paris, Hermann, Baering und Lazarus aus Berlin, Cohnfeldt, Helscher, Banowitsch und Lewy aus Breslau, Friedheim aus Landsberg a. W., Schoenegger aus Frankfurt a. M., Fabrikbesitzer Gimbal aus Neu-Münzen, die Oberlehrer Janisch und Hins aus Gnejen, die Bröpste Plucinski aus Leizkovo und Plucinski aus Kosten, Fr. Nowicka aus Siedlec, Frau Grünerowa nebst Tochter aus Chodziczo, Verwalter Anders aus Krzeczin, Gutsbesitzer Weidner aus Pietrowo, Rittergutsbesitzer v. Nischlowitz aus Szymbra.

### Mg. Heber die Witterung des Mai 1876.

Der mittlere Barometerstand des Mai beträgt nach 29jährigen, täglich drei Mal, des Morgens um 6 Uhr, des Mittags um 2 Uhr und des Abends um 10 Uhr in der Stadt Bözen angestellten Beobachtungen: 27° 10' 81 (Pariser Zoll und Linien). Der mittlere Barometerstand des vergangenen Monats war: 27° 11' 19, war also nur um 0° 38 höher, als das berechnete Mittel.

Der vergangene Mai gehörte in Folge des bis zum 21. Mai vorherrschenden Polarstroms zu den kältesten seit 1848; am 19. stand noch ein starker Nachtfrost statt, in Folge dessen die Feldfrüchte an exponirten Stellen nicht unbedeutend litt. Das Barometer stieg bei SW. und NW. und meist trübem Himmel von 27° 8' 51 auf 28° 2' 78 und dann unter Schwankungen bei NO. bis zum 8. Abends 10 Uhr auf 28° 3' 77, fiel darauf bei N. und NO. und bedecktem Himmel bis zum 15. Morgens 6 Uhr auf 27° 8' 63, hob sich bei NW. und trübem Himmel bis zum 19. Mittags 2 Uhr auf 28° 3' 33, fiel bei NW. und SW. und veränderlichem Wetter bis zum 26. Mittags 2 Uhr auf 27° 5' 54, und stieg dann, während der SW. und W. vom 26. bis 29. Regen brachten, bis zum 30. Mittags 2 Uhr auf 28° 0' 33.

Am höchsten stand es am 8. Abends 10 Uhr: 28° 3' 77 bei N., am tiefsten am 26. Mittags 2 Uhr: 27° 5' 54 bei NW.; mittags beträgt die größte Schwankung im Monat 10° 23, die größte Schwankung innerhalb 24 Stunden: + 4° 28 durch Steigen vom 27. zum 28. Mittags 2 Uhr, während der Wind von SW. nach NW. und NW. herumging.

Die mittlere Temperatur des Mai beträgt nach 29jährigen Beobachtungen + 10° 06 Reamur, ist also um 4° 08 höher, als die des April; die mittlere Temperatur des veraangesehenen Monats war + 7° 79, blieb also bedeutend, nämlich um 2° 27 unter dem Mittel, so daß das Monatsmittel des Mai nur drei Mal seit 1848, nämlich in den Jahren 1864, 1871 und 1874 mit + 7° 24, 7° 53 und 7° 58 unbedeutend niedriger war, als in diesem Jahre.

Die mittlere Tageswärme fiel vom 1. bis 3. von + 10° 83 Reamur auf + 4° 03, stieg darauf bis zum 17. auf + 8° 53, fiel bis zum 19. auf + 1° 90, stieg bis zum 23. auf + 12° 33, fiel bis zum 27. auf + 7° 63, hob sich bis zum 30. auf + 13° 30 und erreichte am 31. Mai 15,60 Grad Wärme.

Am höchsten stand das Thermometer am 31. Mittags 2 Uhr: + 20° 8 bei W.; am tiefsten am 19. Morgens 6 Uhr: + 0° 5 bei starkem Nord.

Aus den im Mai beobachteten Winden:

N = 15      D = 0      S = 5      W = 19  
NO. = 0      SO. = 0      SW. = 0      NW. = 2

ND. = 10      SD. = 2      SW. = 12      NW. = 25

ist die mittlere Windrichtung von West 56° 2' 42" zu Nord berechnet worden.

Die Niederschläge betrugen an 10 Regen- und einem Schneetage 166,4 Kubikzoll auf den Quadratzoll Land, so daß die Regenhöhe am 13° 88 stieg. Das größte Tagesquantum fiel am 26. und betrug 13,88 Kubikzoll auf den Quadratzoll. Am 20. Mai fiel der letzte Schnee.

Es wurde 1 Nebel, 2 Mal Neif, 1 Mal Graupeln und ein Gewitter beobachtet.

Kein Tag war wolken leer.

Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 6 Uhr: 80 Prozent, des Mittags 2 Uhr 51 Prozent, des Abends 10 Uhr 76 Prozent und im Durchschnitt 69 Prozent der Sättigung. Der mittlere Dunstdruck (der Druck des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes) betrug 2° 75; mithin der Druck der trockenen Luft allein 27° 8' 44.

### Telegraphische Börsenberichte.

Fond - Course.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Internationale Spekulationswerbe fest.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 205, 05. Pariser Wechsel 81, 12. Wiener Wechsel 167, 40. Böhmisches Westbahn 147 1/2. Elisabethbahn 117 1/2. Galizier 159. Franzosen 216 1/2. Lombarden 64. Nordwestbahn —. Silberrente 57%. Papierrente 54 1/2. Russ. Bodencredit 85%. Russen 1872 89. Amerikaner 1885 102. 1860er Loofe 96%. 1864er Loofe 254, 00. Kreditaktien 110 1/2. Osterr. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 102. Berliner Bankverein 84 1/2. Frank-

\*) per medio resp. per ultimo.

further Wechslerbank 77 1/4. Ost. Bank 90%. Meininger Bank 76 1/2. Hess. Ludwigsbahn 98%. Oberhessen 72%. Ung. Staatsloose 139, 00. Ung. Schatzanwalt 80%. do. do. neue 77%. do. Ostb.-Obl. II. 57%. Centr.-Pacific 92%. Reichsbank 152 1/4.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 110 1/2, Franzosen 216 1/2, Lombarden 65%. 1860er Loofe —.

Wien, 9. Juni. Gesamtverkehr schleppend. Spekulationspapiere in Folge von Deckungskäufen gehalten, Schrankenwerthe, außer Staatslosen, schwach, ungarische Staatspapiere billiger, Devisen steifer werden.

[Schlußkurse.] Papierrente 64, 90. Silberrente 68, 60. 1854er Loofe 106, 50. Nationalbank 809, 00. Nordbahn 1812. Kreditaktien 133, 50. Franzosen 256, 75. Galizier 191, 00. Kasch.-Oder. 86, 75. Nordostb. —. Nordwestb. 126, 00. Nordwestb. Lit. B. —. London 122, 15. Hamburg 59, 35. Paris 48, 25. Frankfurt 59, 35. Amsterdam 100, 35. Böhmisches Westbahn —. Kreditloose 159, 25. 1860er Loofe 108, 50. Lomb. Eisenb. 75, 50. 1864er Loofe 127, 20. Unionbank 56, 50. Anglo-Austr. 65, 90. Napoleon 9, 70%. Dufaten 5, 82. Silbercoup. 103, 40. Elisabethbahn 141, 00. Ungar. Bräml. 68, 70. D. Kaschln. 59, 85.

Türkische Loofe 18, 25.

Nachbörse: Kreditaktien 134, 40. Franzosen 255, 50. Lombarden 78, 50. Nordwestbahn —. Napoleon 9, 67.

Paris, 8. Juni. Boulevard-Börse. Anleihe de 1872 104, 72%. Türken de 1865 12, 65. Egypter 173, 75. Spanier exter. 13 1/2%. Banque ottomane 351, 25.

Paris, 9. Juni. Uentschieden, und unbelebt. Für Italiener 0,05. Depot für Lombarden 0, 25, für Türken 0, 02.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 68, 25. Anteile de 1872 104, 95%. Italienische 5 p.Ct. Rente 71, 85. do. Tabakobligationen —. Franzosen 545, 00. Lombard. Eisenbahn-Alt. 167, 50. do. Prioritäten 231, 00. Türken de 1865 13, 95. do. de 1869 70, 00. Türkense 40, 00.

Crédit mobilier 142. Spanier extér. 13 1/2%. do. intér. 12 1/2%. Suezkanal-Altien 688. Banque ottomane 355. Société générale 517. Egypter 177. Credit foncier 660. Wechsel auf London 25, 26.

London, 9. Juni. Nachm. 4 Uhr. Konsuls 93 1/2%. Italien. 5proz. Rente 71 —. Lombarden 6 1/2%. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 8%. 5proz. Russen de 1871 87 1/2. 5proz. Russen de 1872 87%. Silber 51 1/2%. Türk

## Produkten-Börse.

Berlin, 9. Juni. Wind: S. Barometer: 27,10. Thermometer: + 23° N. Witterung: bewölkt.  
Weizen loko per 1000 Kilogr. 200—243 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 212—210—211 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 214 bis 212—213,50 bʒ, August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 215,50—214—216 bʒ. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 166—186 nach Dual. gef., russ. u. polnisch 166—172 ab Bahn und Kahn bʒ, per diesen Monat 168—166 bis 168 bʒ, Juni-Juli 164—162—164 bʒ, Juli-August 162—161—162 bʒ, Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 164—162—163,50 bʒ. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 153—183 nach Dual. gef., — Hafner loko per 1000 Kilogr. 153—188 nach Dual. gef., östl. u. westl. 180—187, russ. 175—188, schwed. 190—195, poln. und medsl. 190—194 ab Bahn bʒ, per diesen Monat 170—171 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 164—165 bʒ, Sept.-Okt. 157,50—159—158,50 bʒ. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 193—225 nach Dual. Futterware 180—192 nach Dual. — Leinöl loko per 1000 Kilogr. ohne Fass — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 65 bʒ, mit Fass per diesen Monat 66,1—66 bʒ, Juni-Juli 65,5 bʒ, Juli-August —, Sept.-Okt. 65,6 65,2—65,5 bʒ, Okt.-Nov. —. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loko 27,5 bʒ, per diesen Monat —, Sept.-Oktbr. —, Okt.-Nov. 26,1 bʒ. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fass 51 bʒ, ab Speicher, — per diesen Monat —, loko mit Fass per diesen Monat 51—50,6—50,3 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 51,4—51—51,7 bʒ, August-Septbr. 52—51,5—52,3 bʒ, Sept.-Oktbr. 51,4—51—51,7 bʒ, Okt.-Nov. 50,5—50—50,7 bʒ. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 30,50—29,50, Nr. 0 u. 1 28—27 M. — Roggenmehl Nr. 0 26—24,50, Nr. 0 u. 1 24—22,50 per 100 Kilogr. Brutto in fl. Sac, per diesen Monat

23,20—23 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 23,15—23 bʒ, Aug.-Septbr. 23,10—22,95 bʒ, Sept.-Okt. 23,10—22,90 bʒ. (B. u. H.-B.)

Breslau, 9. Juni. [Amtlicher Produkten-Börse-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd.) matter, gefüllt. — Etr. per Juni 171 bʒ, in Kompen. 170 bʒ, Juni-Juli 165 bʒ u. G. per Juli-August 165 G, August-Sept. —, Sept.-Okt. 165—164 bʒ, Okt.-Nov. —. — Weizen 204 B., gefülligt — Etr. Juni-Juli —, Sept.-Okt. —. — Gerste — Hafner 188 B., gef. — Etr. Juni-Juli 183 B., Sept.-Oktbr. 154 bʒ u. B., Oktbr.-Novbr. —. — Raps 280 B., gef. — Etr. — Rüböl still, loko 66,50 B., per Juni 66 B., Juni-Juli 66 B., Sept.-Okt. 63 bʒ u. B., — Spiritus niedriger, gef. 60,000 Liter, loko 49,50 bʒ u. B., 48,50 G, per Juni u. Juni-Juli 48,50 bʒ, Juli-August 49,50—30 bʒ, August-Sept. 49,50 bʒ, Sept.-Okt. 49—48,80 bʒ. — Bink unverändert. Die Börse-Kommission. (Br. Hdls.-Bl.)

Stettin, 9. Juni. [An der Börse.] [Amtlicher Bericht.] Wetter: Leicht bewölkt. + 20° N. Barom. 28. 1. Wind: S. Weizen flau, pr. 1000 Kilo loko gelber 206—220 M., galischer 190—204 M., per Juni 213 M. bez., Juni-Juli 214 M. bez. u. Br., Juli-August 215,50—214 M. bez., Sept.-Oktbr. 217 bis 215,50 M. bʒ. — Roggen flau, pr. 1000 Kilo loko inländischer 173 bis 180 M., russischer 165—169 M., pr. Juni 163—161 M. bez., Juni-Juli 160—159 M. bez., Juli-August 160—158 M. bez. u. Br., Sept.-Oktbr. 161—159 M. bez., Oktbr.-Novbr. 160 M. Br. u. G., — Gerste stille, pr. 1000 Kilo loko 165—172 M. — Hafner matt, pr. 1000 Kilo loko 166—186 M., Juni 172 M. bez., Septbr.-Oktbr. 160 M. Br. — Erbsen ohne Handel. — Mais pr. 1000 Kilo loko 142—143 M. — Winter rüben flau, pr. 1000 Kilo, pr. Septbr.-Oktbr. 300—297 M. bez. — Rüböl weichend, pr. 100 Kilo

23,20—23 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 23,15—23 bʒ, Aug.-Septbr. 23,10—22,95 bʒ, Sept.-Okt. 23,10—22,90 bʒ. (B. u. H.-B.)

Berlin, 9. Juni. Der heutige Verkehr eröffnete bei großer Zurückhaltung auf beiden Seiten abermals um Kleinigkeiten gegen gestern herabgesetzt. Neue anregende Momente lagen nicht vor; die Meldungen von außerhalb hatten gestern Abend und heute morgen matt gelautet, und die Auffassung der politischen Lage war eine außerordentlich ungünstige. Dennoch veranlaßten die ermächtigten Courte einige Laufstift, welche vorzugsweise auf Declinationen zurückzuführen war. Man fand mehrfach den augenblicklichen Courstand so niedrig, daß man befürchtete, es möchte von starker Seite ein Versuch gemacht werden, der Contremine in der zweiten Monatshälfte Schwierigkeiten zu bereiten. Kreditaktien zogen als leitendes Papier sofort an, Franzosen, weil die Nachrichten über die ungarischen

Fonds- u. Aktien-Börse. (Br. Hdls.-Bl.)

Berlin, den 9. Juni 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe 4½ 104,75 bʒ

Staats-Anleihe 4 99,70 bʒ

Staats-Schuld. 3½ 94,40 bʒ

Kur. u. Km. Sch. 3 92 G

Ob. Reichs-Obl. 4 101,25 bʒ

Berl. Stadt-Obl. 4 102,60 bʒ B

do. do. 3 93,50 bʒ

Görl. Stadt-Ant. 4 100,25 G

Rheinprovinz do. 4 102,25 B

Schles. d. B. Rfm. 5 100,60 G

Pfandbriefe:

Berliner 4½ 102,25 bʒ G

do. 5 106,80 bʒ

Landsh. Central 4 96,00 bʒ G

Kur. u. Neumärk. 3½ 86,00 bʒ

do. neue 3½ 85,20 bʒ

do. 4 95,60 bʒ

do. neue 4 103 bʒ

M. Brandbg. Gred. 4 98,40 bʒ

Ostpreußische 3½ 85,90 G

do. 4 96,00 B

do. 4½ 102,60 B

Dommersche 3½ 84,70 bʒ G

do. 4 96,00 bʒ

do. 4½ 103,30 bʒ G

Posensche, neue 4 94,90 bʒ

Sächsische 4 96,00 bʒ

Schlesische 3½ 84,70 bʒ G

do. alte A. u. C. 4 96,00 bʒ

do. A. u. C. 4 96,00 bʒ

Westpr. ritterl. 3½ 84,90 B

do. 4 96,20 bʒ

do. 4½ 101,70 bʒ G

do. II. Serie 5 106,70 bʒ G

do. neue 4 98,50 bʒ

do. 4½ 101,80 G

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 98,40 bʒ

Pommersche 4 98,00 B

Posensche 4 97,10 bʒ

do. 4 97,10 bʒ

Russische 4 98,30 bʒ

Sächsische 4 98,70 B

Schlesische 4 97,25 bʒ

Souvereingens 20,39 bʒ

Napoleond'or 16,27 G

do. 500 Gr.

Dollars 4,18 G

Imperial 16,66 G

do. 500 Gr.

Fremde Banknot. 99,90 B

do. einföld. Lelpz. 81,10 B

Franzöf. Banknot. 81,10 B

Desterr. Banknot. 167,50 bʒ

do. Silbergulden 174 bʒ

Russ. Noten 266,00 bʒ

\*) Wechsel-Course.

Deutsche Fonds.

M. A. v. 55 a 100th. 3½ 130,60 bʒ

Hess. Prich. a 40th. — 248,50 G

Bad. Pr. v. 67. 4 118,75 G

do. 35fl. Obligat. — 134,00 G

Bair. Präm. Ant. 4 121,25 bʒ

Brschw. 20fl. L. — 82,40 bʒ

Brem. Ant. v. 1874 4½ 100,00 G

Cöln. Md. Pr. v. 31 108,10 bʒ

Petersb. 100 R. 3 W. 264,85 bʒ

Dest. Pr. v. 1871 5 116,50 G

Goth. Pr. Pfdr. 4 109,00 bʒ

do. II. Abth. 5 106,40 bʒ

do. Pr. v. 1866 3 171,10 G

Lübeck. Pr. v. 1870 3 170,75 G

do. 500 Gr.

Dollars 4,18 G

Imperial 16,66 G

do. 500 Gr.

Fremde Banknot. 99,90 B

do. einföld. Lelpz. 81,10 B

Franzöf. Banknot. 81,10 B

Desterr. Banknot. 167,50 bʒ

do. v. 1865 6 11,25 bʒ

do. v. 1869 6 174 bʒ

do. 200 Gr. 174 bʒ

do. 200 Gr